



UNSER GELSENKIRCHEN

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2025

AfD



Kreisverband
Gelsenkirchen

Inhaltsverzeichnis

Grußwort von Norbert Emmerich, unser Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters	3
Die Heimat im Herzen	5
Sicherheit und Ordnung	11
Remigration vor Migration und eine gewinnbringende Integration	29
Kommunale Finanzen solide gestalten	33
Wirtschaftsförderung, Arbeit und Mittelstand	37
Schule und Bildung	40
Familie, Soziales, Jugend, Senioren und Bürgerbeteiligung	47
Tier- und Umweltschutz	57
Infrastruktur, Verkehr, Bauen und Wohnen	61
Bezahlbare Energie	69
Gesundheit und Sport	72

V.i.S.d.P: Alternative für Deutschland, Kreisverband Gelsenkirchen, die Sprecherin Enxhi Seli-Zacharias, c/o AfD-Landesgeschäftsstelle NRW, Gladbecker Straße 5, 40472 Düsseldorf; geschaeftsstelle@afd-gelsenkirchen.de

Grußwort von Norbert Emmerich, unser Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters

Liebe Gelsenkirchener Bürger,

in unserer Stadt schlägt das Herz des Reviers, dort wo einst ununterbrochen Kohle gefördert wurde und die Wirtschaft florierte. Durch Fleiß und harte Arbeit gelang den Menschen der soziale Aufstieg und dies zahlte sich aus und prägte unsere Stadt positiv.

Doch seit Jahrzehnten ist der Verfall unserer einst so großartigen Stadt schmerzlich spürbar. Die SPD hat insbesondere Gelsenkirchen in den Abgrund geführt. Was mit dem Zechensterben begann, endete im Niedergang der Montanindustrie. An vielen Ecken ist unsere Stadt kaum wiederzuerkennen und etliche Menschen haben sich dazu entschieden, unserer Stadt den Rücken zuzukehren und tun es bis zum heutigen Tage, weil sie für sich und ihre Kinder hier keine Zukunft mehr sehen.

Es wird Zeit: **SOS** für Gelsenkirchen – jetzt.
Kämpfen Sie mit mir, für unsere Stadt! Glück auf!

Norbert Emmerich



S – Sicherheit ist kein Luxus, sondern Pflicht!

Gelsenkirchen ist nicht mehr sicher - das müssen wir ändern! Offene Schießereien, tödliche Messerangriffe, Raubüberfälle und No-Go-Areas: Mit der AfD gewinnen wir die Hoheit im öffentlichen Raum zurück. Konsequentes Handeln ohne Rücksichtnahme auf vermeintlich fehlgeschlagene Integration! Ob Stadtfest oder Freibad - unbeschwert leben statt Angst und Unsicherheit. Mein Versprechen lautet: Ich schütze meine Gelsenkirchener!

O – Ordnung zurück in unsere Stadt!

Unsere Stadt wurde über Jahrzehnte abgewirtschaftet. Irrsinnige Wartezeiten beim BürgerCenter, völlig desolater Zustand der Straßen, rücksichtsloses Parken in dritter Reihe, verwahrloste Gegenden durch Schrottimmobilien und das Sterben der Innenstadt und Gastro als Anlaufpunkt für gesellschaftlichen Austausch. Unsere Stadt braucht eine politische Revitalisierung: Ich stehe für sinnvolle Investitionen in unsere Stadt zur Verbesserung der Lebensqualität, anstatt in teure Ideologie- und Prestigeprojekte!

S – Sauberkeit für eine lebenswerte Stadt

Müll und Dreck verdrängen Lebensqualität - das lassen wir nicht zu. Wir haben keine Angst die Ursachen zu benennen, damit wir Probleme lösen können. Insbesondere die Armutszuwanderung aus Süd-Ost-Europa hat unser Stadtbild maßgeblich negativ geprägt. GE darf keine Wohlfühloase für Armutszuwanderer sein. Ich will eine saubere Heimat mit einem gepflegten Stadtbild, das stolz macht.



Die Heimat im Herzen

Deutschlands Farben sind Schwarz, Rot und Gold – Beflaggung vor unseren Rathäusern und Schulen

Unsere Stadt braucht unverkennbare Symbole und auch ein bisschen Pathos. Die Farben des Regenbogens werden wir wieder unseren Kindern zurückgeben, denen man sie gestohlen hat. Die Farben unserer Nation dagegen sind Schwarz, Rot und Gold. Wir werden dafür sorgen, dass die Bundesflagge gemeinsam mit den Farben des Landes NRW und der Stadtflagge Gelsenkirchens wieder durchgängig an unseren Rathäusern, an öffentlichen Gebäuden und vor allem vor Schulen wehen wird, wie es früher üblich und nicht verpönt war. Eben eine Selbstverständlichkeit.

Ausverkauf stoppen: Kirchen schützen!

Oftmals durch die politisierte Führungsebene selbst verschuldet und zugleich ein schmerzlicher Umbruch für Gläubige und auch Nichtgläubige: Mitgliederschwund, Vertrauensverlust und bittere Finanznot haben auch in unserer Stadt Kirchensterben zur Folge. Doch religiöse Transzendenz braucht einen friedlichen Ort und das muss der Staat in einem christlichen Land gewährleisten. Darüber hinaus sind

Kirchen identitätsprägend und ein historisches Gut. Schulklassen müssen, wie es früher üblich war, unsere Gottesdienste besuchen.

Die Stadt muss aktiveren Austausch mit unseren Kirchen pflegen und den kulturellen Umbruch aktiv verhindern, indem sie frühzeitig gemeinsam mit Ehrenamtlichen und Betroffenen eine Infrastruktur für den Erhalt der Gotteshäuser (Trägervereine etc.) initiiert.

Konjunkturprogramm für die Weihnachtsbeleuchtung in Gelsenkirchen

Gerne erinnern wir uns an die lebendige und wärmende Weihnachtsbeleuchtung in unserer Stadt zurück. Sei es in der Bahnhofstraße, in der Bueraner Innenstadt oder auf der Cranger Straße. Von Jahr zu Jahr nahm diese stetig ab, und zwar aus falscher Rücksichtnahme. Wir möchten unsere Stadt zur Weihnachtszeit wieder erstrahlen sehen, leuchtende Kinderaugen hervorrufen und eine besinnliche Weihnachtsstimmung versprühen. Denn wir wollen unsere Werte und Kultur erhalten und dazu gehört auch das Weihnachtsfest.

Gendersprache beenden

Wir sind der Meinung, dass niemandem eine umständliche und unverständliche Sprache aufgezwungen werden darf, die lediglich als Unterwerfungsgeste unter den woken Mainstream dient. Für

Menschen mit fehlenden Sprachkenntnissen oder eingeschränktem Sprachverständnis sind solche Texte schwierig, für die Klarheit rechtlich bindender Formulierungen sind sie kontraproduktiv, für sehbehinderte, Braille-Zeilen nutzende Menschen ein Ärgernis und für die Schönheit unserer Sprache eine Beleidigung.

Wir werden die Außenkommunikation der Stadt und auch die interne städtische Kommunikation wieder auf die Standardsprache zurückführen und bei formalen / rechtlich bindenden Dokumenten, Ratsvorlagen etc. auf klare Formulierungen achten.

Der Islam gehört nicht zu Gelsenkirchen

Die AfD achtet die Religionsfreiheit, lehnt aber die Einflussnahme des fundamentalistischen Islams mit einem erbitterten Machtanspruch ab. Der dominant-politische Islam nimmt in unserer Gesellschaft immer mehr Raum ein und breitet sich aggressiv aus.

In NRW leben etliche Islamisten, darunter viele Hunderte, die vom Landesverfassungsschutz als gewaltbereit eingestuft werden. Oftmals wird vor allem auch unterschätzt, wie erfolgreich die Islamisten vor allem Migranten ohne Bleibeperspektive für ihren Dschihad rekrutieren. Unsere Aufgabe muss sein, den Islamisten ihre gewünschte und gewohnte Ungestörtheit zu nehmen, um ihre weitere

identitätsstiftende Etablierung zu verhindern. Die Politik in Gelsenkirchen – allen voran die SPD - hat sich in den letzten Jahren als willfähriger Gehilfe für zunehmende Radikalisierung aufgrund eines falschen und devoten Toleranzverständnisses erwiesen:

- Arabische Beschilderung aus unserer Innenstadt verbannen
- Keine Ramadan-Beleuchtung in Gelsenkirchen
- Unterwerfung stoppen: Kein Halal-Essen an Gelsenkirchener Schulen!
- Konzessionierungen von aus dem Boden schießenden Halal-Metzgereien gehören auf den Prüfstand
- Erfassung des Tragens des Kopftuches bei kleinen Mädchen
- Keine Erweiterung des moslemischen Friedhofes
- Staatsschutz muss endlich und verstärkt Moscheen ins Visier nehmen

Beherrschung der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Beschulung zugewanderter Kinder

Zugewanderte Kinder werden oftmals ohne jegliche Deutschkenntnisse eingeschult und die Schule kann so ihrem Bildungsauftrag nicht mehr gerecht werden. Dieses Defizit macht Unterricht unmöglich und ruiniert Bildungschancen aller Kinder. Effiziente Beschulung setzt ein Mindestmaß an Homogenität voraus. Wir holen die Amtssprache zurück an unsere Schulen!

Bürgerbeteiligung aktiv leben

Bürgermut tut Gelsenkirchen mehr als gut. Leider nehmen die Bürger unserer Stadt direktdemokratische Mittel, wie den Bürgerentscheid oder das Bürgerbegehren, kaum in Anspruch. Die gesetzlichen Hürden sind aus unserer Sicht zu hoch. Insbesondere im Bereich der Sicherheit oder Stadtplanung müssen Bürger eng in Verwaltungsvorgänge eingebunden werden, um dem erstarrten Parteienstaat frischen Bürgermut entgegenzusetzen. Dafür sollten verstärkt Bürgergutachten und Bürgerjurys ohne komplexen bürokratischen Aufwand durchgeführt werden.

Gaststätten beleben!

Das Sterben von teils über Jahrzehnte geführten Gaststätten in unseren Quartieren ist in Gelsenkirchen zur traurigen Realität geworden. Wir machen es uns zur Aufgabe, die verbliebenen Gaststätten durch wohlwollendes Entgegenkommen bei Problemstellungen und zielführender Beratung zu erhalten und sie vor allem bei geplanten städtischen Veranstaltungen in Quartieren als Dienstleister einzubinden.

Heimatkunde und Heimatvereine stärken

Kultur ist immer auch Anbindung an die Tradition. Junge Bürger müssen wieder mehr Wissen über unsere Heimat und ihre Traditionen vermittelt bekommen. Der vernachlässigte Heimatkundeunterricht ist auszuweiten. Vereine, die sich der Pflege der historisch gewachsenen Kultur und der Tradition widmen, werden wir gerne unterstützen.

Unser Schloss Berge muss zu uns passen!

Mit großer Besorgnis haben die Bürger das Gastro-Aus in unserem Schloss Berge aufgenommen. Ein leidenschaftlicher und vor allem bürgerlicher Pächter alter Schule geht, und wer neu hinzukommen wird, ist ungewiss.

Unser Schloss war stets ein Aushängeschild für Gelsenkirchen. Wir versprechen, mit großer Sorgfalt darauf zu achten, ob etwaige neue Bewerber dem Geiste des Hauses gerecht werden können. Eine überstürzte Pachtvergabe um jeden Preis darf es keinesfalls geben!

Sicherheit und Ordnung

Mehr sichtbare Polizei, aber auch mehr Zivilstreifen

Mit uns wird die sichtbare Präsenz von Ordnungsamt und Polizei im Stadtzentrum und an anderen Brennpunkten, vor allem auch in Form uniformierter Fußstreifen deutlich erweitert. Der präsente „Schutzmännchen an der Ecke“ ist unsere Antwort auf die zunehmende Unsicherheit, der sich die Bürger ausgesetzt sehen. Gleichzeitig wollen wir verstärkt Zivilstreifen in den Nachtstunden und im Umfeld von Großereignissen einsetzen. Gegenüber dem Polizeipräsidium werden wir unsere Kritik an Einsatztaktiken und Vorgehen ehrlich und konstruktiv einbringen. Auch werden wir die Reaktivierung von Bezirkswachen im Rahmen des Sicherheitskonzeptes für unsere Stadt als Impuls einbringen. Das Ziel muss sein, die Hoheit auf der Straße in unserer Stadt zurückzugewinnen.

Videoüberwachung an Brennpunkten

Die Videoüberwachung in besonders belasteten und gefährdeten Bereichen von Gelsenkirchen muss als allgegenwärtiges Instrument im Polizeipräsidium Gelsenkirchen anerkannt sein. Hierzu werden

wir regelmäßige Abfragen starten und auf aktuelle Evaluierungen pochen.

Energischer Druck auf ordnungsrechtlich auffällige Betriebe und deren Umfeld

Manche Straßenzüge und mittlerweile ganze Straßenviertel sind inzwischen durchsetzt mit Geschäftsbetrieben einer Anmutung, die sich in den Graubereich zwischen aufstrebendem Kleinunternehmertum und dem Kratzen an der Legalität einsortieren lässt. Die Bürger erleben diese Auffälligkeiten zunehmend als ausufernd und durch Ordnungsamt und Polizei im Wesentlichen ungehindert raumgreifend. Sich selbst sehen sie jedoch strenger Gängelung der Behörden bei kleinsten Ordnungsverstößen ausgesetzt. Wir wollen, dass die Stadtverwaltung diesem Eindruck entgegenarbeitet und einen entsprechenden Ordnungsdruck - ggf. unter robuster Beteiligung der Polizei – auf die entsprechenden Milieus ausübt, der für die Einhaltung aller einschlägigen Vorschriften sorgt.

Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes

Die öffentliche Sicherheit wollen wir wieder herstellen durch bessere Bezahlung und mehr Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst.

Besserer Schutz von städtischen Mitarbeitern im Arbeitsalltag

Nicht nur die Mitarbeiter des Außendienstes des Ordnungsamtes sind immer wieder Beleidigungen und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Auch die Mitarbeiter der städtischen Behörden beklagen Angriffe im Arbeitsalltag.

Die AfD fordert einen Masterplan „Sicherheit der städtischen Angestellten“, der frei von politkorrekten Denkverböten Sicherheitsmaßnahmen für die städtischen Mitarbeiter erarbeitet. Zudem bedarf es einer stadtweiten Datenbank, die Straftaten gegen Mitarbeiter erfasst und Profile von problematischen Behördenkunden anlegt und diese an die zuständige Landesbehörde in regelmäßigen Abständen zur Durchsicht weiterleitet. Wir stehen an der Seite unserer städtischen Angestellten sowie Sanitätern und Rettungskräften, die Tag für Tag für uns im Einsatz sind.

Die kommunale Ausländerbehörde endlich als wichtiges Bindeglied für die Sicherheitsarchitektur unserer Stadt verstehen!

Die Zustände in der Gelsenkirchener Ausländerbehörde sorgten immer wieder für Schlagzeilen. Die in der Presse deutlich gewordene

Kritik seitens der in der Ausländerbehörde beschäftigten Personen ist multikausal formuliert, sodass verschiedene Ebenen zur Behebung der Missstände analysiert werden müssen:

- a) Interne Organisationsuntersuchungen und daraus folgende Verbesserungen für Mitarbeiter und Klienten
- b) Sorgfalts- und Fürsorgepflicht des Arbeitgebers (Dienstherrn) für seine Arbeitnehmer
- c) Kontaktaufnahme mit übergeordneten Stellen (z.B. Integrationsministerium)

Die Mitarbeiter der Ausländerbehörde Gelsenkirchen sind seit vielen Jahren gezwungen, die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung zu schultern. Der damit einhergehende Aufwuchs an Arbeitsbelastung fand allerdings nie eine adäquate Kompensation in der internen Organisationsstruktur, sodass eine Entlastung für die Mitarbeiter hätte vonstattengehen können. Die zunehmende Zuspitzung der Lage in dieser Behörde ist die Folge der politischen Ignoranz und des politischen Schweigens der Gelsenkirchener Kommunalpolitiker über Jahre hinweg.

Die angespannte Situation in dieser Behörde zeigt sich nicht zuletzt an der starken Fluktuation innerhalb der Mitarbeitererebene. Die anhaltende Berichterstattung hinsichtlich der Zustände wird

zwangsläufig als Abschreckung für potenzielle Neubewerber nachwirken. Gerade aus diesem Grund liegt es in der Verantwortung der Kommunalpolitik, die Hilferufe, die Ängste und Sorgen der Mitarbeiter der Ausländerbehörde Gelsenkirchen ernst zu nehmen und diese fachgerecht zu analysieren.

Die Ausländerbehörde in Gelsenkirchen muss als Behörde baulich und infrastrukturell evaluiert werden, sodass kurzfristig das Sicherheitsempfinden der Mitarbeiter gesteigert werden kann. Zudem sind Aufstockungen in Abstimmung mit den Bedürfnissen der Mitarbeiter bei dem Sicherheitsdienst vorzunehmen. Darüber hinaus sollte neben der personellen Aufstockung von fachkundigen Verwaltungskräften für die kommunale Behörde auch die Option zur Einsetzung von Verwaltungshilfskräften zur Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter ermöglicht werden. Die Stadt Gelsenkirchen muss darüber hinaus beim zuständigen Ministerium auch die Abordnung von Verwaltungskräften - notfalls mit juristischer Unterstützung - einklagen, denn eine funktionierende Ausländerbehörde trägt maßgeblich zur Stärkung der Sicherheitsarchitektur in unserer Stadt bei.

Randalierende Jugendbanden: Die Schulpflichtverletzungen müssen konsequent verfolgt werden!

Schulpflichtverletzungen muss von schulischer Seite frühzeitig und konsequent mit den gebotenen Mitteln entgegengetreten werden. Hierzu zählen neben Beratung, erzieherischen Einwirkungen oder Ordnungsmaßnahmen nach dem Schulgesetz auch die Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) oder Zwangsmaßnahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG).

Reicht eine erzieherische Einwirkung nicht aus bzw. bleibt die Einwirkung nach § 41 Abs. 3 in Verbindung mit § 53 Abs. 2 SchulG erfolglos, so werden die Schulpflichtigen der Schule zwangsweise zugeführt (§ 41 Abs. 4 SchulG). Dies ist durch die Schulleitung bei der zuständigen Ordnungsbehörde der Kommune zu beantragen.

Wir fordern die Einrichtung einer Taskforce unter Mitwirkung von Schulleitern, dem Ordnungsamt und der Polizei. Die Schulpflicht in Deutschland ist keine optionale Entscheidung nach Lust und Laune, sondern gesetzlich festgeschrieben - ohne Ausnahme. Die Beschulung von Jugendlichen verhindert Straftaten und stärkt die Autorität von Staat und Schule.

Eine saubere Stadt für alle - Anpassung der Entleerungsintervalle für eine lebenswerte Umgebung!

Um die Vermüllung durch überfüllte Altkleider- und Altpapiercontainer zu verhindern und das Stadtbild sauber zu halten, setzen wir uns für eine höhere Entleerungsfrequenz dieser Sammelstellen ein. Regelmäßige Bedarfsanalysen sollen sicherstellen, dass die Entleerungsintervalle an die jeweilige Nutzung angepasst werden. In keinem Fall dürfen erhöhte Entleerungsintervalle zu höheren Gebühren für Gelsenkirchener Bürger führen, stattdessen muss die Finanzierung durch Kürzungsmaßnahmen an freiwilligen städtischen Projekten erfolgen.

Bevorstehende Krisen im Auge behalten und die Drogenepidemie ernst nehmen: Mitarbeiter des KOD angemessen schulen!

Fentanyl, ein starkes Schmerzmittel und gleichzeitig eine illegal gehandelte Rauschdroge, führt in den USA tausende Menschen in den Tod. In Deutschland ist die Substanz bislang weniger verbreitet. Doch das ändert sich zunehmend – dem Schwarzmarkt geht nämlich das Heroin aus.

Die sogenannte „Zombie-Droge“ erlangte Popularität, weil sie bei Konsumenten teils über Stunden eine zusammengesackte, vornübergebeugte Haltung und auch unkontrollierte Bewegungen verursachte. In Deutschland sind im Jahr 2023 so viele Menschen durch den Einfluss von Drogen gestorben, wie in den letzten 20 Jahren nicht mehr. Gelsenkirchen liegt im Vergleich sogar über dem NRW-Durchschnitt.

Wir fordern deshalb eine enge Kooperation des Kriminalkommissariats Kriminalprävention und Opferschutz (KK KP/O) der Kreispolizeibehörde mit dem KOD.

Mitarbeiter des KOD müssen darüber hinaus zwingend auf das schnelllebige Geschäft des Drogenvertriebs geschult werden, um auf diese Weise bei ihren täglichen Streifenbeobachtungen Sachverhalte angemessen aufnehmen zu können und Phänomene und Trends in diesem Bereich melden zu können. Bei den regelmäßigen Dienstbesprechungen der Kreispolizeibehörde mit dem Landeskriminalamt im Zusammenhang mit Rauschgiftkriminalität ist nach Möglichkeit der Leiter des KOD und der Schulleiterkonferenz vollumfänglich einzubinden. Im Polizeibeirat hat bei jeder ordentlichen Sitzung ein Sachstandsbericht zur Thematik Rauschgiftkriminalität zu erfolgen.

Darüber hinaus müssen Konsumräume auf ein Minimum reduziert werden und aus den Stadtzentren und Wohngebieten rausgedrängt

werden. Des Weiteren muss ernsthaft über die Verdrängung der Methadonambulanz nachgedacht werden. Die Begegnung zwischen Drogenabhängigen und Kindern muss um jeden Preis verhindert werden.

Missbrauch der Notrufe und die Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln effektiv bekämpfen!

Wer absichtlich oder wissentlich Notrufe oder Notzeichen missbraucht oder vortäuscht, dass wegen eines Unglücksfalles oder wegen gemeiner Gefahr oder Not die Hilfe anderer erforderlich sei, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft (§ 145 StGB). Der Straftatbestand des Missbrauchs von Notrufen soll die Funktionsfähigkeit von öffentlichen Notrufen und mittelbar die gegenseitige Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft schützen.

Doch auch die Tätigkeit von Notrufen in bewusst dramatisierender Weise ist kein Kavaliersdelikt. Wer städtische Nothilfemittel in Anspruch nimmt, obwohl kein Notfall gegeben ist, muss für die entstandenen Kosten aufkommen. Die Allgemeinheit darf diese Kosten nicht tragen. Denn diese sogenannten Fehlfahrten führen zu steigenden Gebühren für Gelsenkirchener Bürger und zum Fehlen eines Einsatzfahrzeuges in echten Notfällen.

Wir fordern die interne Einrichtung einer Dokumentationsstelle bei dem vorhandenen Team für die Zuständigkeit „Gebühren und Entgeltinzug“ durch eine Vollzeitkraft, die ausschließlich die relevanten Einsatzmeldungen erfasst und bei den entsprechenden staatlichen Stellen zur Anzeige bringt. Die konsequente Ahndung und Sanktionierung dieses Verhaltens rettet Leben, schützt die Funktionsfähigkeit der Nothilfe und steigert die intrinsische Motivation der Einsatzkräfte, die heutzutage einen sehr herausfordernden Job zu leisten haben.

Wenn ein Trödelmarkt die gesamte Verkehrsordnung bedroht, dann muss eine konsequente Lösung her!

Der große Trödelmarkt an der Schalke-Arena wird insbesondere samstags von Kunden aus ganz NRW angefahren. Was zunächst auf ein Erfolgsmodell hindeutet, erweist sich in Wahrheit für unbedarfte Verkehrsteilnehmer als Albtraum. Wütende Autofahrer, die rudimentäre Gesetzmäßigkeiten der Straßenverkehrsordnung mit Füßen treten, und Kunden, die ihren Verpackungsmüll rücksichtslos am Straßenrand entsorgen. Die Politik hat sich bislang nicht getraut, ordnungspolitisch diesen Trödelmarkt, der sich landesweiter Beliebtheit bei einer spezifischen Klientel erfreut, ins Visier zu nehmen. Wir werden für Ordnung auf und rund um den Trödelmarkt sorgen.

Illegale Fahrzeugabstellung konsequent ahnden – für ein sauberes und sicheres Stadtbild!

Punktuell ist im Stadtgebiet die massenhafte Abstellung von Fahrzeugen festzustellen, die von der Stadt mit einem Aufkleber entsprechend gekennzeichnet werden. Diese Fahrzeuge erwecken nicht nur den Eindruck eines verwahrlosten Viertels, sondern stellen auch eine Gefahr für die Öffentlichkeit dar.

Die Zahlen der abgestellten Fahrzeuge sind in Gelsenkirchen drastisch in die Höhe geschossen. Innerhalb von 5 Jahren gab es eine Steigerung von über 50 %, so die Auskunft der Verwaltung auf eine AfD-Anfrage. Über 5.000 Fahrzeuge ohne gültiges Kennzeichen wurden vergangenes Jahr illegal im öffentlichen Raum abgestellt.

Das Abstellen von nicht mehr zum öffentlichen Straßenverkehr zugelassenen Fahrzeugen (abgelaufenes Kurzzeitkennzeichen, ohne Kennzeichen, ohne Zulassungsplakette oder mit Saisonkennzeichen außerhalb des Zulassungszeitraums) auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist verboten und könnte sofort mit einem Bußgeld geahndet werden. Der Eigentümer wird mit einem farbigen Aufkleber aufgefordert, das Fahrzeug innerhalb einer bestimmten Frist aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen.

Sollte das Fahrzeug innerhalb der Frist nicht entfernt sein, wird die Sicherstellung veranlasst. Die damit verbundenen Kosten werden dem Eigentümer in Rechnung gestellt. Weiterhin wird die Sicherstellung ein Ordnungswidrigkeitenverfahren oder ein Strafverfahren nach sich ziehen. Ein abgemeldetes Auto kann gemäß § 32 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) ein Verkehrshindernis darstellen, wenn dieses an der abgestellten Stelle den Verkehr gefährdet oder erschwert. In diesem Fall drohen nicht nur ein Bußgeld von 60 Euro und ein Punkt in Flensburg. Das Fahrzeug kann außerdem abgeschleppt werden. Die Stadtverwaltung muss aber alte Denkmuster verlassen und auf neue durch das Land bereitgestellte gesetzliche Möglichkeiten zugreifen. Darunter fällt auch die Verwertung dieser Fahrzeuge. Zuletzt warf das Ministerium der Stadtverwaltung Gelsenkirchen unzureichenden Willen bei der Nutzung dieser neuen Werkzeuge vor.

Radikalen Islamismus entschlossen bekämpfen – für Sicherheit und den Schutz unserer Werte!

Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich seit vielen Jahren einer Gefahr ausgesetzt, die kontinuierlich wächst, weil sich die etablierte Politik in einer Art Lethargie befindet. Diese unterschätzte Gefahr heißt Islamismus.

Die Politik ist nun dringender denn je dazu aufgerufen, sich entschlossen gegen einen Islamismus zu stellen, der die Werte, auf denen das moderne Europa aufgebaut ist, nicht anerkennt. Sie muss endlich die Menschen schützen und darf nicht länger aus falscher Toleranz die Gefahren relativieren.

Auch die Kommunalpolitik ist bei dieser Herausforderung gefragt. Die Gefahr, die vom fundamentalistischen Islam ausgeht, muss endlich ernst genommen werden und die personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden sind in diesem Bereich zu verstärken. Wir fordern die Einrichtung eines Expertenkreises „Islamismus“. Darüber hinaus ist im Polizeibeirat, der Schnittstelle zwischen Politik und Polizei, zu jeder ordentlichen Sitzung zu islamistischen Gefährdern und der allgemeinen Lage in Gelsenkirchen zu berichten. Unser Land, unsere Regeln.

Freiwillige und verstärkte Kontrollen: Gemeinsam für Sicherheit und Sauberkeit auf unseren Spielplätzen

Die Sicherheit und Sauberkeit auf Spielplätzen müssen in unserer Stadt einen hohen Stellenwert haben, um ein sicheres und einladendes Umfeld für unsere Kinder zu schaffen. Enge Kooperation mit Anwohnern, KI-gestützte Technik und wohnortnahe Planung von abschließbaren Spielplätzen sind notwendige Maßnahmen, um dem unkontrollierten Vandalismus Herr zu werden. Die Sicherheit

unbedarfter Kinder, die Gefahren nicht einschätzen können, hat oberste Priorität. Darüber hinaus muss eine Monitoring-Stelle für die Instandhaltung von Spielplätzen im Stadtgebiet geschaffen werden.

Geldwäsche unter dem Deckmantel der Vergnügungssteuer eindämmen

Kriminelle Organisationen und einschlägige Clans betreiben auch in Gelsenkirchen eine Vielzahl von Vergnügungseinrichtungen, darunter Shisha-Bars, Nachtclubs, Wettbüros und Spielhallen, die der Umwandlung illegaler (Bar-)Gelder in scheinbar legale Einnahmen dienen. Durch manipulierte Besucherzahlen und Umsätze können diese Einrichtungen Gelder – bei Entrichtung der anfallenden Vergnügungssteuer – in den Finanzkreislauf einschleusen, um deren Herkunft zu verschleiern und diese „reingewaschen“ für den normalen Wirtschaftsverkehr nutzbar zu machen, etwa zum Erwerb von Immobilien oder anderen Gütern. In diesen Fällen verfehlt die Vergnügungssteuer ihre ordnungspolitische Lenkungsfunktion unabhängig von der Höhe des jeweiligen Steuersatzes.

Zur Unterbindung dieser Praxis fordern wir eine verstärkte Zusammenarbeit der Gewerbeaufsicht mit dem Zoll bzw. Finanzbehörden, um verdächtige Aktivitäten frühzeitiger zu erkennen und die

Transparenz der Finanzströme zu erhöhen. Verdeckte Ermittlungen sowie immer wieder zufällige Kontrollen können zur Zermürbung und zum Rückgang dieser kriminellen Methode beitragen.

Unterstützung der städtischen Verkehrsüberwachung

Respekt und gegenseitige Rücksichtnahme lassen durch Teilnehmer des Straßenverkehrs in unserem Stadtgebiet teils zu wünschen übrig. Um die Politessen und Politeure bei ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen, setzen wir uns für ein effektives Speedabschleppsystem ein. Durch die Zusammenarbeit mit lokalen Abschleppunternehmen und die Kombination aus effizientem Abschleppen sowie aktiver Bürgerbeteiligung kann nicht nur die Verkehrssicherheit und Nutzung öffentlicher Flächen erhöht, sondern auch die Akzeptanz und das Verantwortungsbewusstsein in der Gemeinschaft gefördert werden.

Öffentlichen Vandalismus stärker bekämpfen

Sachbeschädigung ist kein Kavaliersdelikt! Der zunehmende Vandalismus an öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen, oft durch Graffiti, Verunreinigungen und mutwillige Zerstörung, kostet die Allgemeinheit viel Steuergeld und ist ein Ärgernis der Bürger. Um diesen einzudämmen, ist eine intensivierte Zusammenarbeit des Ordnungsamtes mit der Polizei im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft

und mit den Verkehrsverbänden sowie eine Aufstockung des Sicherheitspersonals in Bussen und Straßenbahnen geboten.

Wir fordern die städtische Auslobung von Belohnungen für sachdienliche Hinweise, die zur Identifizierung/Ergreifung und rechtskräftigen Verurteilung von Sachbeschädigern führen. Täter müssen für die Beseitigung und Reparatur der verursachten Schäden vollumfänglich haften. Durch die konsequente Durchsetzung der Schadensersatzansprüche seitens der Stadt – zusätzlich zur Strafverfolgung – sowie gezielte Präventionsmaßnahmen kann diese Form der Kriminalität wirksam bekämpft werden.

Sicherheit in Schwimmbädern erhöhen

Gelsenkirchen bietet neben dem Sportparadies drei weitere Schwimmbäder, die für unsere Bürgerinnen und Bürger eine Oase der Erholung darstellen (sollten). Doch wenn ein Macho-Gebaren gewisser Gruppen sowie gewalttätige und sexuelle Übergriffe gegen Besucher und Personal den Badespaß überschatten, wird der Aufenthalt zum unangenehmen Erlebnis, dem man sich lieber entziehen möchte. Das ist für uns untragbar.

Daher fordern wir eine verstärkte Präsenz von geschultem Sicherheitspersonal, um unangemessenes Verhalten frühzeitig zu

erkennen und zu unterbinden. Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei sowie eine konsequente Durchsetzung von Hausverboten in Verbindung mit personalisierten Eintrittskarten, unterstützt durch eine Aufstockung des Personals im Eingangsbereich. Ein weiterer Baustein ist die Einführung von Familientagen (zwischen den Schwimmbädern variierend) für Kinder/Minderjährige in Begleitung Erziehungsberechtigter, um belästigungsfreie Zeitfenster zu schaffen.

Ehrenamtliche Unterstützung für mehr Sicherheit und Ordnung in unseren Freibädern

Die AfD setzt sich für den gezielten Einsatz von Ehrenamtlichen in den Freibädern von Gelsenkirchen ein, um die Sicherheit, Ordnung und den reibungslosen Ablauf während der Badezeiten zu verbessern. Durch die Präsenz von freiwilligen Helfern können Konflikte entschärft, Besucherströme besser gelenkt und die Einhaltung von Badeordnungen sichergestellt werden. Diese Maßnahme entlastet das Personal und trägt dazu bei, das Freibad als Ort der Erholung und des Miteinanders für alle Bürger sicherer zu gestalten. Wir fördern damit bürgerschaftliches Engagement und stärken gleichzeitig die Sicherheit in unseren öffentlichen Einrichtungen.

Verwahrlosung der Spielplätze stoppen!

Viele Spielplätze verwahrlosen immer mehr und bergen Gefahren für spielende Kinder. Durch herumliegende Glasscherben, Fixer-Utensilien, Kot und andere Verschmutzungen sind viele Spielplätze nicht mehr für Kinder nutzbar. Auch der Aufenthalt von bestimmten jugendlichen und erwachsenen Problemgruppen in großer Anzahl schreckt Eltern ab, diese Plätze mit ihren Kindern zu nutzen. Wir fordern den dauerhaften Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Überwachung der Spielplätze und zur Entlastung und Unterstützung des Kommunalen Ordnungsdienstes.

Remigration vor Migration und eine gewinnbringende Integration

Dem Recht Geltung verschaffen

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht Arbeitspflichten für leistungsfähige Asylbewerber vor. Bei Verweigerung erfolgt grundsätzlich nur noch ein Erhalt von Sachleistungen. Die Tätigkeiten dienen auch der Schaffung einer sinnvollen Tages- und Sozialstruktur und der Verbesserung des Selbstwertgefühls bei den Betroffenen. Die Kommunen sollen daher genügend und geeignete Arbeitsgelegenheiten für Leistungsbezieher bereithalten.

Unrechtmäßig erlangte Einbürgerung konsequent entziehen

Unrechtmäßig erlangte Einbürgerungen sind von der kommunalen Staatsangehörigkeitsbehörde bei einem hinreichenden, tatsächengestützten Tatverdacht konsequent zu entziehen, insbesondere bei Islamisten bzw. Salafisten. Der Kommunale Ordnungsdienst und der polizeiliche Staatsschutz melden insoweit Verdachtsmomente unverzüglich der Staatsangehörigkeitsbehörde zwecks Rücknahme solcher Einbürgerungen.

Bezahlkarten und Sachleistungsbezug einführen

Wir werden die landesrechtliche Möglichkeit zur Einführung der Bezahlkarte umsetzen. Wo immer mit vertretbarem Aufwand möglich, werden wir allerdings den Sachleistungsbezug der Nutzungsmöglichkeit der Bezahlkarte vorziehen. Die Möglichkeit des Bargeldbezugs mit der Bezahlkarte werden wir so weit wie möglich einschränken. Ebenso werden wir uns für eine Bekämpfung des Missbrauchs einsetzen. Hierbei geht es aktuell insbesondere um die SEPA-8 Funktion und den Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld, beispielsweise auch in Parteibüros der Grünen.

Eindämmung und Verhinderung von Scheinehen und Scheinvaterschaften

Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung ausländischer Staatsbürger und die dadurch resultierende Kostenübernahme der Lebenshaltungskosten belasten auch unsere Kommune. Wir fordern daher die Bildung einer Kommission inkl. zusätzlicher Personalstellen bei der kommunalen Ausländerbehörde in Zusammenarbeit mit dem Standesamt zur Überprüfung von Eheschließungen, die als Verdachtsfälle für eine Scheinehe eingestuft werden.

Durchsetzung der Ausreisepflicht

Anstatt Ausreisepflichtige konsequent abzuschieben, werden auch über die kommunale Ausländerbehörde Gelsenkirchen sämtliche Schlupfwinkel ausgeschöpft, den Aufenthalt dieser Personen zu verlängern bzw. zu verstetigen. Diesen Irrweg werden wir beenden. Die Erteilung einer Duldung muss die Ausnahme und nicht – wie bisher – die Regel sein.

Armutszuwanderung den Nährboden entziehen!

Unionsbürgern, die nicht die Voraussetzungen der als Arbeitnehmerfreizügigkeit ausgelegten EU-Freizügigkeit erfüllen, ist die Freizügigkeit konsequent zu entziehen. Wir werden die Zuwanderung in unser Sozialsystem entschieden bekämpfen. In Gelsenkirchen werden wir mit sofortiger Wirkung alle freiwilligen Projekte für EU-Armutszuwanderer ersatzlos streichen. Unsere Stadt darf keinen Nährboden für diese Klientel bieten. Dazu gehört u.a. die Schließung der IPA-Leitstelle in Ückendorf, die keinen Nutzen zur Bekämpfung der Armutszuwanderung bietet. Diese organisierte Gruppe muss mit empfindlichen Kontrollen überzogen werden (Versicherungsschutz, Datenabgleich zur Identität und notfalls Abfragen über Interpol). In keinem Fall darf der Steuerzahler für den mangelnden Krankenversicherungsschutz von EU-Bürgern aufkommen!

Transparenz der Migrationskosten

Zur Bestandsaufnahme kommunaler Migrationskosten fordern wir eine Offenlegung kommunaler Ausgaben, u.a. in den Bereichen Wohnungsmarkt, Kita, Schule, Gesundheitswesen, städtische Verwaltung, Wohlfahrtsverbände sowie bei diversen NGO. Kommunale Integrationsmaßnahmen sind auf das gesetzliche Minimum zurückzufahren. Die Integration in die Gesellschaft sehen wir als Bringschuld der Zuwanderer. Daher betrachten wir Sprachkurse grundsätzlich als einzig zu fördernde Maßnahme. Die Förderung von Organisationen und „Projekten“ der sogenannten „Zivilgesellschaft“, die von der derzeitigen migrationspolitischen Schieflage nur allzu bereitwillig profitieren, werden wir beenden.

Einstellung sämtlicher Beratungsangebote der Stadt hinsichtlich Einbürgerung

Die Stadt muss die erforderlichen Bedingungen, Regelungen, Prozeduren etc. im Internet auf Deutsch öffentlich machen und das Einbürgerungsverfahren entsprechend durchführen. Darüber hinaus hat sie keinerlei Verpflichtung gegenüber Einbürgerungswilligen. Von diesen erwarten wir stattdessen Eigeninitiative. Grundsätzlich gilt: Einbürgerung ist der Endpunkt einer gelungenen Integration, nicht deren Beginn.

Kommunale Finanzen solide gestalten

Zuwendungen an Fraktionen drastisch reduzieren

Fraktionen im Rat der Stadt Gelsenkirchen erhalten üppige Zuwendungen für Personalkosten, Veranstaltungen und Sonstiges. Aufgrund der enormen Zuwächse dürfte die AfD nach der Kommunalwahl auch in den Genuss derartiger Zuwendungshöhen kommen. Wir sagen aber ganz klar: In einer Kommune wie Gelsenkirchen muss das Geld mit Bedacht verteilt werden und daher gehören derartige Zuwendungen extrem gesenkt. Das Geld könnte beispielsweise in die Gegenfinanzierung der Abschaffung der Hundesteuer fließen.

Sicherstellung der lokalen Versorgung mit Bargeld und Bankdienstleistungen

Bargeld ist für die meisten Bürger immer noch das am häufigsten eingesetzte Zahlungsmittel. Leider reduzieren die Geldinstitute im Stadtgebiet die Anzahl ihrer Geschäftsstellen mit einer Kasse immer weiter. Auch Geldautomaten sind davon betroffen. Ältere Bürger und Einwohner mit Mobilitätseinschränkungen werden dadurch gezwungen, unzumutbare Wege zurückzulegen. Kommunale Geldinstitute erfüllen gegenüber der Bevölkerung einen gesetzlichen Auftrag zur

geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung. Die städtischen Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse Gelsenkirchen haben daher auf eine flächendeckende und angepasste Versorgung mit Bargeld und Bankdienstleistungen hinzuwirken.

Kommunale Rechnungsprüfung

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Gelsenkirchen einschließlich ihrer Eigenbetriebe ist nach kommunalrechtlichen Vorgaben regelmäßig zu prüfen. Der Prüfungsumfang wächst dabei stetig. Die Qualitätsansprüche an die Arbeitsergebnisse haben erheblich zugenommen. Nur Prüfungspersonal mit hoher Fach- und Sozialkompetenz bietet die Gewähr für eine professionelle Durchführung des Prüfgeschäfts. Das Leitbild der kommunalen Rechnungsprüfung ist von einer vergangenheitsbezogenen Prüfungstätigkeit zu einer zukunftsorientierten Führungsunterstützung weiterzuentwickeln. Längere Zeit vakante Prüferstellen dürfen nicht akzeptiert werden. Bei Neubesetzungen sind auch geeignete Bewerber aus der Privatwirtschaft zu berücksichtigen.

Finanzielle Forderungsausfälle verhindern!

Ansprüche der Stadt Gelsenkirchen aus rückständigen Steuer- und Abgabeforderungen gegenüber Unternehmen müssen regelmäßig

abgeschrieben werden. Die Schuldner entziehen sich ihrer finanziellen Verpflichtungen häufig durch Gewerbeabmeldung. Der verschuldete Betrieb bleibt jedoch bestehen und wird von einem anderen Inhaber weitergeführt. In diesen Fällen unterbleibt meist eine Begleichung der Altschulden sowie die Erfüllung von laufenden Verbindlichkeiten. Erfahrungsgemäß erfolgt nach wenigen Jahren eine erneute Betriebseinstellung mit Neueröffnung durch eine andere ebenfalls dolose Inhaberschaft. Diese Praktiken haben sich zu einem „Geschäftsmodell“ entwickelt.

„Neugründungen“ von negativ bekannt gewordenen Betrieben müssen verzugslos überwacht werden. Alle Möglichkeiten des Vollstreckungsrechts sind nachhaltig zu nutzen, um dem Anwachsen von „Schuldenbergen“ Einhalt zu gebieten. Vom Antragsrecht auf Gewerbeuntersagung ist zeitnah Gebrauch zu machen.

Konnexitätsprinzip ist einzufordern – Wer bestellt, zahlt!

Unsere Stadtgesellschaft wird durch ständige Zuwanderung von Migranten finanziell extrem herausgefordert. Insbesondere die Armutszuwanderung aus südosteuropäischen Ländern und der Zustrom von minderqualifizierten Arbeitskräften sind mit exorbitanten

Sozialkosten und anderen Mehrbelastungen verbunden. Dadurch ist eine wachsende Finanznot sowie ein hoher investiver Nachholbedarf entstanden.

Wir fordern eine stärkere Vernetzung der finanzschwachen Kommunen, um von Bund und Land eine Entlastung von fremdverantwortlichen Aufgaben mit Nachdruck einzufordern.

Reduktion von Stellen in der Verwaltung für Ideologiprojekte

Wir werden einen echten Stellenabbau in der Verwaltung erreichen. Darunter sind keine „Massenentlassungen“ zu verstehen, sondern das Streichen von Stellen für Ideologiprojekte, ohne jeden Nutzwert für die Bürger.

Wirtschaftsförderung, Arbeit und Mittelstand

Flächenmanagement optimieren

Gelsenkirchen verfügt über aufgegebenen Flächen aus vormaliger industrieller und bergbaulicher Nutzung. Ein erheblicher Teil dieser Areale eignet sich grundsätzlich für eine gewerbliche Wiedernutzung. Die häufig mit Altlasten befrachteten Gelände bedürfen einer entsprechenden Erschließung und Aufbereitung. In den städtischen Dienststellen fehlen dazu immer noch notwendige personelle Kapazitäten. Hier muss durch zielführende Personalpolitik nachgesteuert werden. Notfalls sind Aufträge an externe Planungsbüros zu vergeben und kleinere Unternehmen über Fördermöglichkeiten zu informieren. Das Angebot an finanziellen Fördermöglichkeiten für Existenzgründer und kleinere Unternehmen ist sehr umfangreich und für „Nichtfachleute“ kaum zu überblicken. Wir fordern von der städtischen Wirtschaftsförderung noch mehr umfassende und gezielte Information der Unternehmen.

Bekämpfung der Schattenwirtschaft intensivieren

Durch Schwarzarbeit und sonstige Formen illegaler Beschäftigung entstehen der Allgemeinheit große Ausfälle an Steuern und Abgaben. Außerdem ist damit eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten rechtmäßig arbeitender Betriebe verbunden. In Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Behörden, z. B. Zoll, Finanz- und Sozialbehörden, müssen die Ordnungsbehörden der Stadt diesen Phänomenbereich verstärkt in den Fokus nehmen. Der erheblich personell aufgestockte Kommunale Ordnungsdienst (KOD) kann dabei wertvolle Unterstützungsarbeit leisten.

Fachkräftemangel beheben

Trotz anhaltend hoher Arbeitslosenquote finden Gelsenkirchener Unternehmen nicht genügend Fachkräfte. Der Fachkräftemangel stellt unsere Unternehmen vor große Herausforderungen. Mancher Kundenauftrag muss mangels Arbeitskapazität abgelehnt werden. Wir fordern ein komplexes Netzwerk von öffentlichen und privaten Akteuren aus unterschiedlichen Branchen, z. B. IT, Logistik und Produktion. Dieses Netzwerk ist vonseiten der Wirtschaftsförderung zu moderieren. Regelmäßiger Informationsaustausch soll zu zielführenden Impulsen zur Gewinnung bzw. Vermittlung von Fachkräften führen.

Gestaltungssatzung zum Funktionieren bringen

Wir werden die „Gestaltungssatzung“ der Stadt Gelsenkirchen so anpassen, dass Gewerbetreibende nicht über Gebühr gegängelt werden. Verkaufsstände vor den Geschäften müssen ebenso möglich bleiben wie bspw. die Nutzung von Bierbänken oder unterschiedlicher Sorten von Stühlen auf den Freisitzen von Restaurants. Mehr Gestaltungsfreiheit für Leistungsträger!

Kleinere Gastronomie anschieben

Wir werden die Gastronomie durch einen Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Restaurant-Freisitze unterhalb einer bestimmten Quadratmeterzahl fördern.

Schule und Bildung

Modernisierung statt unreflektierter Digitalisierung!

Die Digitalisierung von Schulen wird oft als Heilsbringer der modernen Bildung gepriesen. Doch eine digitale Infrastruktur kann die grundlegenden baulichen Mängel unserer Schulen nicht ersetzen oder kaschieren. Technologische Hilfsmittel sind zwar eine wertvolle Ergänzung des Unterrichtsalltags, doch die AfD betont, dass der klassische Präsenzunterricht weiterhin die Grundlage der schulischen Bildung bleiben muss. Bevor Schulen digital aufgerüstet werden, müssen bauliche Arbeitsumfelder saniert und modernisiert werden. Ergänzend sollen Schul- und Digitalisierungsassistenten eingesetzt werden, um die technische Betreuung vor Ort zu gewährleisten. Ein städtisches Konzept muss klären, an welchen Stellen Digitalisierung sinnvoll vorangetrieben und wo sie überdacht werden sollte. Dies gilt insbesondere für die Primarstufe, wo die Schüler lediglich behutsam an digitale Arbeitsmedien herangeführt werden sollen. Einen Dauereinsatz von Tablets in Grundschulen lehnen wir ab.

Die Qualität des Regelunterrichts sichern!

Ein qualitativ hochwertiger Regelunterricht ist der Schlüssel zur Sicherstellung des Leistungsniveaus der Schüler. Die AfD fordert, dass der Unterricht Vorrang hat und nicht durch die Herausforderungen bei der Beschulung von Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwandererkindern beeinträchtigt wird. In Klassen, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen, kann der Unterricht auf einem hohen Niveau stattfinden. Internationale Förderklassen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Um die Effektivität dieser Klassen zu steigern, ist es unerlässlich, Fehlzeiten systematisch zu erfassen, auszuwerten und ggf. angemessene Konsequenzen zu ziehen.

Für den Erhalt des gegliederten Schulsystems!

Die einseitige Ausrichtung des Schulsystems auf immer weniger Schulformen, verursacht durch die Altparteien, wird dem Elternwillen und dem Schülerwohl nicht gerecht. Die Vielfalt der Schulformen ist jedoch essenziell, um die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schüler, ob mit oder ohne Förderbedarf, zu berücksichtigen. Das gegliederte Schulsystem bietet für jeden Schüler die besten Chancen, individuelle Stärken zu entfalten. Insbesondere der Fortbestand der Förderschulen ist sicherzustellen und durch mindestens einen Neubau

zu erweitern. Zusätzlich fordert die AfD eine weitere Realschule im Stadtnorden.

Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft an Schulen bekämpfen!

Die wachsende Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft in den Schulen erschwert den Unterricht und belastet Lehrkräfte wie Schüler gleichermaßen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzt sich die AfD für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Schulleitungen, dem städtischen Jugendamt und der Bezirksregierung ein. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen können Erziehungsdefizite behoben und ein ordnungsgemäßer Unterricht sichergestellt werden. Die „Geheimsicherheitskonferenzen“ zwischen Stadtverwaltung und Schulleitungen haben sich als ineffizient erwiesen und müssen von Grund auf neu durchdacht werden. Jede Schule soll die Möglichkeit haben, den Kommunalen Ordnungsdienst bei Bedarf dauerhaft anzufordern, um der Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft entgegenzutreten!

Förderung von Startups und Schülerfirmen

Die Stadt Gelsenkirchen verfügt über einen Standort der Westfälischen Hochschule mit Gründerzentrum. Dieses berät, fördert und

unterstützt junge Menschen bei der Existenzgründung bzw. bei dem Schritt in die Selbstständigkeit. Wir möchten in enger Kooperation mit dem Gründerzentrum einen weiteren Ausbau dieser Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten forcieren, um jungen, aber auch längerfristig berufserfahrenen Bürgern den Weg in den Aufbau eines Unternehmens oder in eine anderweitige Selbstständigkeit zu erleichtern. In diesem Zusammenhang ist es uns ebenfalls wichtig, die Entstehung von Schülerfirmen an unseren Schulen im Sekundar 1- sowie Sekundar 2-Bereich voranzutreiben. Hier bietet sich die Möglichkeit, interessierten Schülern bereits einen kleinen Einblick in den großen Bereich von Unternehmensführung zu geben und die Entscheidung für eine spätere Existenzgründung zu erleichtern.

Das stolze Mitglied in einer Schülerfirma von heute ist vielleicht der glückliche Gründer eines stetig wachsenden Unternehmens von morgen.

Offene Ganztagsschulen stärken, verpflichtende Ganztags-schulen ablehnen!

Die AfD unterstützt das Konzept der offenen Ganztagschule, da es berufstätigen Eltern eine wertvolle Unterstützung bietet. Eine verpflichtende Teilnahme an Ganztagschulen lehnt die Partei jedoch ab, da Eltern selbst entscheiden sollten, welche Betreuungsform für ihre

Kinder geeignet ist. Offene Ganztagschulen müssen pädagogisch hochwertige Angebote wie Lernzeiten, Arbeitsgemeinschaften und Betreuung durch qualifiziertes Personal umfassen. Um qualifiziertes Personal zu erhalten, muss die Stadt Gelsenkirchen attraktivere Arbeitsbedingungen im Vergleich zu umliegenden Städten schaffen. Damit lässt sich qualifiziertes Personal aus der Region gewinnen.

Echte Anreize für Lehrer an Schulen in Gelsenkirchen schaffen!

Seit Jahren hat unsere Stadt Probleme, freie Stellen mit Lehrern zu besetzen. Als Sofortmaßnahmen fordern wir unter anderem ein kommunales Förderprogramm in Form von vergünstigten Krediten für den Erwerb von Wohneigentum zur Eigennutzung in Gelsenkirchen, unter der Bedingung, dass die Lehrkräfte sich verpflichten, bis zur Tilgung des Kredits an einer Gelsenkirchener Schule zu unterrichten. Des Weiteren müssen Lehrer durch ausreichend kostenlose und schulnahe Lehrerparkplätze an Gelsenkirchener Schulen entlastet werden, damit sie ihre Unterrichtsmaterialien nicht unnötig weit transportieren müssen.

Mehr Projektwochen mit naturwissenschaftlich-technischen Themenschwerpunkten statt Klima- und Genderprojekte. Als rohstoffarmes Land hängt die Zukunft Deutschlands von seiner

Innovationskraft ab. Schüler müssen deshalb endlich wieder besser in naturwissenschaftlich-technischen Fächern ausgebildet werden. Ideologische Klima- und Genderprojekte sind keine Basis für Innovationskraft. Auf kommunaler Ebene sind Eingriffe in die Lehrpläne zwar nicht möglich, jedoch können Anreize für entsprechende Projektwochen gesetzt werden, da die Schulen hier freier agieren können. Die AfD wird sich für ein kommunales Förderprojekt einsetzen, welches Schulen zusätzliche Mittel an die Hand gibt, wenn sie ihre Projektwochen überwiegend naturwissenschaftlich-technisch ausrichten.

Förderprogramm für saubere Toiletten an unseren Schulen!

An vielen Schulen im Stadtgebiet ist es kein Vergnügen, in der Pause die Toiletten aufzusuchen. Vandalismus, fehlende Seife, fehlende Trockentücher, hygienische Mängel etc. sind keine Seltenheit. Ganztags-schüler verzichten teilweise auf ausreichendes Trinken, um einen Toilettengang im Schulgebäude vermeiden zu können. Dieser Zustand ist im Hinblick auf die Gesundheit und Aufnahmefähigkeit der Schüler untragbar. Hier fehlt es an einem städtischen Programm zur Beseitigung der Missstände. Um die Sauberkeit der Toilettenanlagen zu verbessern, fordert die AfD ein städtisches Programm zur Förderung von Sanitärpersonal für Schultoiletten. Die Höhe der Förderung

soll maximal 50 % betragen. Die übrigen Kosten sollen vom zuständigen Förderverein oder anderweitig getragen werden.

Mehr Schließfächer an Gelsenkirchener Schulen, um jüngere Schüler zu entlasten

Schwere Schultaschen sind vor allem ein gesundheitliches Problem von jüngeren Schülern. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages legte eine Staffel für das Höchstgewicht eines befüllten Schulrucksacks fest, die sich an etwa 12 bis 15 Prozent des Körpergewichts orientiert. Ein 10-jähriger Schüler (m/w) wiegt im Durchschnitt 38 kg. Der befüllte Ranzen darf somit max. 5,7 kg wiegen. Dieses Gewicht wird im Schulalltag häufig überschritten. Hinzu kommt dann noch ein bis zweimal wöchentlich die Sporttasche. Die AfD setzt sich für mehr Schließfächer an Gelsenkirchener Schulen ein, damit Schüler ihre Materialien weniger häufig hin und her tragen müssen. Damit werden vor allem jüngere Schüler physisch entlastet.

Familie, Soziales, Jugend, Senioren und Bürgerbeteiligung

Die AfD fordert familienfreundliche Kommunen

Sämtliche Leistungen und Verwaltungsabläufe sollten systematisch auf Familienfreundlichkeit untersucht und angepasst werden. Es muss das Ziel jeder Kommune sein, Bedingungen zu schaffen, unter denen sich insbesondere Familien gut entwickeln können und Paaren die Entscheidung für Kinder leichter gemacht wird. Digitale Angebote sowie familienfreundliche Öffnungszeiten sollen die Verwaltung für Berufstätige und Familien leichter zugänglich machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert wird.

Kinderbetreuung den Bedürfnissen anpassen

Kinder fühlen sich in den ersten Lebensjahren in der vertrauten Umgebung ihrer Familie am wohlsten. Eltern brauchen regelmäßig Betreuungsangebote, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Um den Bedürfnissen von beiden gerecht zu werden, brauchen Familien flexible und verlässliche Angebote. Für die

optimale Vergabe von Betreuungsplätzen soll für Kleinkinder verstärkt auf die Kapazitäten der Tagespflege verwiesen werden. Durch diese gesteuerte Entlastung der KiTas soll wieder eine verlässliche und vor allem qualifizierte Betreuung der Kinder ab dem 3. Lebensjahr gewährleistet werden.

KiTas familienfreundlicher und ideologiefrei gestalten

Viele Familien sind auf die Betreuung ihrer Kinder angewiesen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Berufstätige Eltern dürfen nicht benachteiligt werden. Die AfD fordert eine Bevorzugung von berufstätigen Eltern bei der Platzvergabe in öffentlichen KiTas. Die KiTa erfüllt auch die wichtigen Aufgaben der Förderung und Integration. Zur Vorbereitung auf die Schule muss in den KiTas Deutsch gesprochen werden. Der deutsche Spracherwerb ist DIE Grundlage für Integration und Bildung. Darüber hinaus wird die AfD alles dafür tun, die Politisierung der frühkindlichen Bildung zu stoppen. Genderideologie, Klima-Hysterie und Frühsexualisierung haben in einer KiTa nichts zu suchen! Eine Aufklärung über Sexualpraktiken und Sexualpartner darf im Kindergarten und in der Grundschule nicht stattfinden. Dies kann zu langwierigen schwierigen Verhaltensauffälligkeiten in der Psyche und der sozialen Entwicklung der Kinder führen.

Sicherheit für Familien im öffentlichen Raum

Die Stadt muss ein sicherer Lebensraum für alle sein - egal ob Frau oder Mann, Kind oder Senior. Die AfD wird sich auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass der öffentliche Raum nicht dem vermeintlich Stärkeren überlassen wird. Hierzu müssen Akteure wie Ordnungsamt, Polizei, Städteplanung, ÖPNV usw. zusammenarbeiten. Halbherzige Maßnahmen wie Taxi-Gutscheine für Frauen sind als Symptombehandlung unzureichend. Neben konkreten Maßnahmen (z.B. mehr Präsenz von Sicherheitskräften, Beleuchtungskonzepte etc.) zur Beseitigung von Angsträumen fordern wir eine konsequente Bekämpfung der Ursachen der zunehmenden Kriminalität.

Asylbewerber zur gemeinnützigen Arbeit verpflichten!

Asylbewerber, die in Deutschland Geld vom Staat beziehen, überweisen jedes Jahr Milliardenbeträge in ihre Heimat. Städte, in denen Asylbewerber zu Arbeiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz verpflichtet werden, sind deutlich unattraktiver für „Flüchtlinge“, die das Sozialsystem ausnutzen. Die AfD Gelsenkirchen fordert deshalb die Umsetzung des § 5 AsylbLG. Dieser verpflichtet Leistungsberechtigte, Tätigkeiten der Selbstversorgung zu erledigen und verpflichtet die Kommune, Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern zur Verfügung zu stellen.

Kontrolle von Maßnahmen durch Drittanbieter

Von einer Vielzahl an Maßnahmen des kommunalen Jobcenters und der Stadt Gelsenkirchen profitieren Drittanbieter, wie zum Beispiel Bildungsträger, die dort Jugendliche oder Langzeitarbeitslose ohne nachhaltigen Erfolg parken. Die AfD fordert dort regelmäßige Kontrollen zur Sicherstellung der Maßnahmenziele gemäß Konzept.

Bessere Unterstützung im Alltag

Der Alltag wird zunehmend digital, was insbesondere für Senioren, Alleinstehende sowie gesundheitlich oder geistig eingeschränkte Mitbürger eine wachsende Herausforderung darstellt. Behörden-gänge, Arzttermine oder Kulturbesuche setzen zunehmend digitale Kenntnisse, die Nutzung von Apps oder einen dauerhaften Internetzugang voraus.

Um diesen Menschen den Zugang zu wichtigen Alltagsdienstleistungen zu erleichtern, fordert die AfD Gelsenkirchen die Einrichtung einer zentralen Telefonhotline mit zeitnaher, persönlicher Hilfe als analoge Alternative zu den gängigen digitalen Angeboten.

Bereits jetzt leisten Technikbotschafter einen wichtigen Beitrag, indem sie Betroffene im Umgang mit digitalen Geräten und Medien schulen und begleiten. Dieses Angebot wollen wir deutlich ausbauen

– durch gezielte Förderung, stärkere Einbindung in bestehende Generationennetzwerke und den Ausbau mobiler Unterstützungsdienste. Ziel ist es, Medienkompetenz nachhaltig zu stärken und individuelle Begleitung im Alltag zu gewährleisten.

Bauliche Veränderungen für Senioren

Der Hauptbahnhof in Gelsenkirchen ist für viele ältere Mitbürger, aber auch für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, ein wichtiger Knotenpunkt im alltäglichen Leben. Vor allem der öffentliche Nahverkehr ist essenziell für unsere Senioren, um die eigene Versorgung zu gewährleisten. Auch die angrenzende Bahnhofstraße ist für viele ältere Bürger noch immer eine wichtige Anlaufstelle, zum Beispiel für den Arztbesuch, den Kauf von Drogerieartikeln und für weitere notwendige Besorgungen.

Zum Bedauern vieler älterer, vor allem auch gehbehinderter Mitbürger ist dieser Besuch, seit der Sanierung des Hauptbahnhofes, zum Problem geworden. Personen, die den Hauptbahnhof samt Bahnhofsvorplatz von der Bahnhofstrasse aus betreten wollen, müssen eine Kopfsteinpflasterpassage überqueren. Es gibt keinerlei Alternativrouten. In diesem Abschnitt bleiben regelmäßig Rollatoren, Rollstühle aber auch Gehstöcke hängen und bilden für die Beteiligten ein enormes Sturzrisiko. Auch der Fahrstuhl zum Busbahnhof ist für körperlich eingeschränkte Personen nicht ideal gelegen und häufig auch

defekt. Die Menschen müssen häufig bei laufendem Busverkehr die Straße überqueren, um zur Mittelinsel zu gelangen, an welcher der Hauptbusverkehr stattfindet.

Daher fordert die AfD Gelsenkirchen eine bessere und sichere Regelung für eingeschränkte Fußgänger am Busbahnhof und einen barrierefreien Zugang ohne Kopfsteinpflaster zum Hauptbahnhof und zum Bahnhofsvorplatz von der Bahnhofstraße her.

Bessere Betreuung im Alter schaffen

Bessere Betreuung im Alter – Pflege stärken, Projekte ausbauen.

Der demographische Wandel ist auch in Gelsenkirchen deutlich spürbar: Die Bevölkerung wird älter, und der Bedarf an Pflege und Betreuung wächst. Doch trotz dieser Entwicklung fehlt es in der politischen Praxis weiterhin an der nötigen Sensibilität und konsequenten Umsetzung wirksamer Maßnahmen. Die unzureichende Versorgung älterer Menschen ist längst trauriger Alltag in unserer Stadt.

Die AfD Gelsenkirchen setzt sich deshalb für eine deutliche Stärkung der kommunalen Pflege- und Betreuungsstrukturen ein. Bestehende Projekte und Unterstützungsangebote müssen nicht nur erhalten, sondern vor allem viel stärker bekannt gemacht werden, damit Betroffene sie auch tatsächlich nutzen können.

Zudem fordern wir gezielte Initiativen, um junge Menschen für die Arbeit in der Pflege zu motivieren – durch Aufklärung, Ausbildungsförderung und attraktive Rahmenbedingungen. Ein respektvoller Umgang und Betreuung im Alter bedingen engagierte Fachkräfte und ein soziales Umfeld, das Verantwortung übernimmt.

Einsamkeit bekämpfen

Unsere Senioren haben für unseren Wohlstand und unsere heutige Lebensgrundlage gearbeitet. Somit sollen sie einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft einnehmen. Aber leider leiden immer mehr Senioren unter Einsamkeit. Altbekannte Geschäfte, soziale Treffpunkte aber auch die Coronapolitik und die damit verbundene restriktive Auslegung haben das Problem der Einsamkeit für unsere Senioren verstärkt.

Die AfD Gelsenkirchen fordert, der Vereinsamung im Alter mit konkreter Unterstützung bestehender Vereinsstrukturen entgegenzuwirken. Traditionsreiche Zusammenschlüsse wie Gesangsvereine, „Opa-Vereine“ oder ähnliche Freizeit- und Interessengemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Leben älterer Menschen. Diese Strukturen müssen gezielt gefördert und finanziell wie organisatorisch gestärkt werden. So können Anlaufpunkte erhalten und

wiederbelebt werden, die Senioren echte Teilhabe, Gemeinschaft und Lebensfreude ermöglichen.

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen

Der demographische Wandel und der daraus resultierende Pflege-
notstand sind in vollem Gange. Einerseits gibt es immer mehr Pflege-
bedürftige und andererseits zu wenig Pflegepersonal. Deshalb ist
selbstbestimmtes Wohnen im Alter eine Möglichkeit, dieses Problem
deutlich zu entschärfen. In Deutschland fehlen aktuell ca. 2,2 Millio-
nen altersgerechte Wohnungen. Eine Folge verfehlter Politik der Alt-
parteien.

Die AfD wird sich deshalb für folgende Punkte auf kommunaler Ebene
einsetzen:

1. Altersgerechte Umbauten zu Hause
2. Mehrgenerationen-Häuser: Zusammenleben von Jung und Alt
3. Senioren-Wohngemeinschaften: Geteilte Verantwortung, in-
dividuelle Freiheit
4. Alternative Wohnformen im Alter: Betreutes Wohnen

Attraktivitätssteigerung der Ehrenamtskarte zur Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements

Die AfD Gelsenkirchen setzt sich für eine deutliche Aufwertung der Ehrenamtskarte ein, um die Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeiten zu stärken. Dazu gehört die Ausweitung der Vergünstigungen und Vorteile, die mit der Ehrenamtskarte verbunden sind, insbesondere im Bereich öffentlicher Dienstleistungen und Freizeitangebote. Ehrenamtliches Engagement ist für unsere Stadt unverzichtbar, und durch die Aufwertung der Ehrenamtskarte wollen wir sicherstellen, dass diejenigen, die ihre Zeit und Energie für das Gemeinwohl einsetzen, sichtbare und spürbare Vorteile erfahren. Damit fördern wir nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern motivieren auch mehr Bürger, sich aktiv in ihrer Stadt einzubringen.

Gezielte Werbung zur Stärkung des Ehrenamts in Gelsenkirchen

Die AfD setzt sich für eine verstärkte, zielgerichtete Werbekampagne ein, um mehr Bürger für das ehrenamtliche Engagement in Gelsenkirchen zu gewinnen. Durch Informationsveranstaltungen, gezielte Online- und Offline-Kampagnen sowie die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen und Institutionen sollen die vielfältigen

Möglichkeiten und der gesellschaftliche Wert des Ehrenamts stärker in den Fokus gerückt werden. Unser Ziel ist es, mehr Menschen, insbesondere junge Erwachsene, für ehrenamtliche Tätigkeiten zu begeistern und so den Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken. Eine lebendige Ehrenamtskultur ist das Fundament für eine starke und solidarische Gemeinschaft.

Tier- und Umweltschutz

Streichung der Hundesteuer

Der Bund der Steuerzahler bewertet diese Bagatellsteuer generell als nicht mehr zeitgemäß und fordert ihre Abschaffung, da der Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung und Kontrolle hoch ist und sie keinen nennenswerten Beitrag zur Sicherung der Kommunalfinanzen leistet. Dieser Einschätzung schließen wir uns ausdrücklich an: Wir werden die Hundesteuer in Gelsenkirchen abschaffen!

Für uns ist ein Haustier ein Lebewesen und für viele Menschen ein wichtiger Wegbegleiter. Die Besteuerung von Lebewesen ist pietätlos!

Einrichtung eines Tierschutz-Notfallmanagements

Unverschuldet in finanzielle Not geratene Bürger (z.B. Witwen und Arbeitslose, die kurz vor der Rente ins Bürgergeld fallen) sind oft nicht in der Lage, anfallende Tierarztkosten und wichtige Impfungen zu bezahlen. Es ist unzumutbar, dass Menschen sich nach persönlichen Schicksalsschlägen aus finanziellen Gründen von ihrem Haustier trennen müssen. Ebenso muss die tierärztliche Versorgung von verunfallten Tieren sichergestellt werden. Die AfD Gelsenkirchen fordert

die Einführung eines kommunalen Tierschutznotfallfonds. Dieser übernimmt anfallende Kosten für tierärztliche Notversorgung verunfallter Tiere sowie, nach Nachweis unverschuldeter finanzieller Notlage, anfallende Tierarztkosten.

Nistkästen für einheimische Singvogelarten

In Gelsenkirchen mangelt es an natürlichen Nistplätzen für Singvögel. Künstliche Nisthilfen sind da sinnvoll, wo Naturhöhlen fehlen, weil alte und morsche Bäume nicht mehr vorhanden sind, oder es an Gebäuden keine geeigneten Brutnischen mehr gibt. Die AfD Gelsenkirchen setzt sich dafür ein, Ehrenamtler zu gewinnen, die in öffentlichen Parks und auf Friedhöfen solche Nistkästen anbringen und warten. Die Nistkästen können z.B. im Werkunterricht in Schulen oder in Maßnahmen zur Wiedereingliederung hergestellt werden. Materielle Unterstützung, wie z.B. Hubsteiger, kann vom städtischen Betrieb Gelsendienstleistungen zur Verfügung gestellt werden.

Schaffung von Freilaufwiesen

Zur Lebensführung gehört für viele Gelsenkirchener Bürger ein Spaziergang mit ihrem Hund im Wohnumfeld. Der natürliche Bewegungsdrang eines Hundes erfordert auch Möglichkeiten des freien Auslaufs. Momentan stehen den ca. 14.000 im Stadtgebiet

registrierten Hunden nur 4 Hundewiesen zur Verfügung, zumal die Anzahl der Hunde stetig wächst. Das Angebot ist somit völlig unzureichend. Die AfD Gelsenkirchen fordert die Ausweisung mehrerer weiterer Freilaufflächen von mindestens 5.000 m². Außerdem sollen nicht nur in Parkanlagen, sondern im gesamten Stadtgebiet Kotbeutel gratis zur Verfügung gestellt werden.

Zurückdrängung invasiver Tier- und Pflanzenarten

Die Verdrängung einheimischer Tierarten durch unter anderem Nil- und Kanadagänse, Waschbären, Nutrias oder amerikanische Flusskrebse wird in Zukunft ein immer größeres Problem darstellen. Insbesondere einheimische Wasservögel sind stark bedroht, und die Verschmutzung rund um unsere Wasserflächen ist kaum noch zu ertragen. Auch sind der hochgiftige Riesenbärenklau sowie weitere invasive Pflanzenarten weiterhin in Nordrhein-Westfalen auf dem Vormarsch. Die AfD Gelsenkirchen setzt sich dafür ein, dass invasive Tier- und Pflanzenarten wieder aus dem Stadtbild zurückgedrängt werden, um unsere heimische Flora und Fauna zu bewahren.

Anlegen von Blühstreifen

Wie in jeder Stadt ist auch in Gelsenkirchen der Lebensraum wichtiger Insekten wie Wildbienen und Schmetterlingen bedroht bzw. nicht

vorhanden. Widersprüchlich dazu werden Verkehrsinseln oder Fahrbahnabtrennungen bestenfalls mit einem Baum bepflanzt und gemulcht. Diese Flächen werden, wenn überhaupt, halbherzig gepflegt und stellenweise auch als (illegaler) Ablageort für Müll benutzt. Die AfD Gelsenkirchen fordert, solche Flächen mit einheimischen Blühmischungen zu besäen. Dies schafft Lebensraum für viele wichtige Insektenarten und wirkt sich positiv auf das Erscheinungsbild unserer Stadt aus.

Infrastruktur, Verkehr, Bauen und Wohnen

Die AfD in Gelsenkirchen steht für ein gleichberechtigtes Miteinander der verschiedenen Verkehrsarten im öffentlichen Verkehrsraum. Es ist die bevormundungsfreie Entscheidung der Bürger, wie sie ihre Mobilität in der Stadt gestalten wollen. Die Stadtverwaltung Gelsenkirchen trägt diesem Umstand Rechnung, indem sie für eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur sorgt und Sanierungsstaus der Vergangenheit zeitnah und umfassend beseitigt.

Verkehrsfluss in Gelsenkirchen optimieren

Für die AfD Gelsenkirchen hat die Verbesserung des innerstädtischen Verkehrsflusses eine hohe Priorität. Das führt zu sinkenden Emissionen und Kosten- sowie zu Zeiteinsparungen. Wo immer es möglich ist, sollte der Verkehr auf den Hauptstraßen durch Schaltung nach dem Prinzip der „Grünen Welle“ beschleunigt werden. Hierdurch kommt es auch zu einer Entlastung der Nebenstrecken. Eine Ausweitung des Grünen Pfeils sollte erwogen und nachts Ampeln an geeigneten Stellen ausgeschaltet werden.

Lenkung durch aufkommensabhängige Verkehrsführung

Starre Regelungen von Ampeln und Geschwindigkeit im Individualverkehr führen oftmals dazu, dass sich der Verkehr unnötig staut. Die AfD Gelsenkirchen steht für eine verkehrsabhängige Steuerung der Ampeln und Erhöhung des Tempolimits an dafür geeigneten Stellen.

Entlastung der Wohngebiete, Bau neuer Verkehrsachsen

Der Verkehr in Gelsenkirchen führt zu erheblichen Belastungen für die Anwohner, was durch Lärm und Abgase zu einer verschlechterten Lebensqualität führt. Die AfD Gelsenkirchen setzt sich für die Verlängerung der Willy-Brandt-Allee ein. Diese Straßenbaumaßnahme als dringend benötigte Ost-West-Achse würde eine direkte und leistungsfähige Verbindung zum überregionalen Verkehrsnetz schaffen und den Verkehr aus den dicht besiedelten Gebieten herausleiten. Zusätzlich muss die Ortsumfahrung Schaffrath in Richtung Norden weitergeführt werden, um den Verkehr nahtlos und leistungsstark auf die B224 und A52 zu führen. Damit wird der Individualverkehr effizienter auf das Hauptstraßennetz gelenkt und entlastet die Wohngebiete.

Baustellenmanagement verbessern

Baustellen werden teilweise unkoordiniert eingerichtet und dauern oftmals länger als ursprünglich geplant. Der Stadt entstehen weitere Kosten. Der Bürger und die Umwelt werden unnötig belastet. Die AfD fordert ein professionelles Baustellenmanagement, bei dem auch bei vorhersehbaren Baumaßnahmen mehrere Gewerke an einem Ort gleichzeitig bearbeitet werden. Das minimiert die Dauer der und die Beeinträchtigung durch die Baustelle.

Kritische, ideologiefreie Überprüfung der Elektromobilität bei städtischen Dienstfahrzeugen

Aus ideologischen Gründen wurden Elektrofahrzeuge für städtische Betriebe beschafft. E-Fahrzeuge sind in der Herstellung und Entsorgung ökologisch fragwürdig und nicht CO₂-neutral! Das für die Akkus benötigte Kobalt und Lithium wird unter widrigsten Umweltbedingungen und zum Teil durch Kinderarbeit gewonnen. Die AfD Gelsenkirchen stellt sich gegen diesen falschen Umwelttrend und fordert stattdessen den Einsatz von Fahrzeugen mit modernen Verbrennungsmotoren und LPG-Fahrzeugen.

Stärkung der individuellen Mobilität bei gleichzeitigem Verzicht auf Dieselfahrverbote / Rückbau Parkbeschränkungen in den Stadtzentren

Die Bürger verlangen neben einem ausreichenden Angebot an ÖPNV auch die Möglichkeit, individuell mobil zu sein. Das Dieselfahrverbot ist vor dem Hintergrund immer emissionsärmerer, moderner Motoren obsolet und muss zurückgefahren werden. Feinstaubmessstellen müssen an Stellen eingerichtet werden, an denen die tatsächliche Belastung durch den Straßenverkehr ermittelt wird, ohne Beeinflussung beispielsweise durch den Schiffsverkehr des Rhein-Herne-Kanals oder Emissionen der Petrochemie. Das Parkplatzangebot muss unter Vorrang der Parkscheibe vor dem bezahlten Parken erhöht werden.

Fahrradstreifen auf der De-La-Chevallerie-Straße abschaffen – für mehr Sicherheit und besseren Verkehrsfluss!

Die beidseitigen Fahrradstreifen auf der schmalen vierspurigen De-La-Chevallerie-Straße gefährden Radfahrer, verengen den Verkehrsraum unnötig und bremsen Busse sowie den übrigen Verkehr aus. Wir setzen uns für die Abschaffung dieser Streifen ein und fordern sichere, alternative Radverbindungen abseits der Hauptverkehrsachse. So schaffen wir Platz für einen flüssigeren Verkehr, stärken den ÖPNV

und sorgen gleichzeitig für mehr tatsächliche Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.

Verbesserungen des Fahrradverkehrs

Die AfD Gelsenkirchen erkennt den positiven Nutzen des Fahrradfahrens an. Zur Steigerung der Attraktivität und Verringerung der Unfallzahlen wird ein Ausbau und Unterhalt eines ausreichenden Fahrradwegenetzes durchgeführt. Hierzu ist auch ein Fahrradschnellweg auf der Nord-Süd-Achse erforderlich. Zur Senkung der Unfallzahlen können gemeinsame Geh-/Radwege ausgewiesen werden. An zentralen Haltestellen und Bahnhöfen sind geeignete, gesicherte Abstellmöglichkeiten zu schaffen.

Anpassung des ÖPNV an das Passagieraufkommen und Regelung des Vorrangs

In Gelsenkirchen hat der ÖPNV an vielen Ampelanlagen Vorrang. Nähert sich ein Bus oder eine Straßenbahn der Ampel, wird diesem Fahrzeug Vorrang gewährt und teilweise der komplette Individualverkehr gestoppt. In der Praxis führt dies zu mehr Staus und zu entsprechenden Abgasen. Verkehr läuft am flüssigsten und damit auch am umweltfreundlichsten, wenn das komplexe Zusammenspiel der Ampelschaltungen nicht gestört wird. Auch in Zeiten mit geringem

Fahrgastaufkommen fahren Busse und Bahnen teils leer durch die Stadt. Dies bedingt eine unnötige Behinderung des Individual- und Lieferverkehrs.

Die AfD Gelsenkirchen fordert eine intelligente Vorrangschaltung, bei der der Parallelverkehr zeitgleich mit dem ÖPNV fahren kann, außerdem eine Prüfung des Passagieraufkommens und in Zeiten mit sehr geringer Auslastung eine Umstellung auf „On-Demand-Verkehr“ (z.B. Taxibusse). Das Land NRW stellt hierfür 120 Mio. € bis 2031 zur Verfügung.

Traditionelle Architektur wollen wir erhalten und bei Neubauten wieder berücksichtigen

Der mitteleuropäische Charakter unserer Stadt und ihre Geschichte sollen sich in öffentlichen Gebäuden positiv widerspiegeln und Identität stiften. Dazu gehört auch ausdrücklich, dass nur die lateinische Schrift an Gebäuden und Geschäften zu sehen ist. Bei der Anzahl der Kulturbetriebsstätten lebt die Stadt über ihre Verhältnisse. Kommunale Kulturangebote sind heute oft Nischenprodukte, die die breite Mehrheit der Einwohner nicht interessieren. Wir wollen dagegen, dass möglichst viele Menschen von ihnen angesprochen und begeistert werden, Qualität vor Quantität. Es muss Ziel aller Kulturbetriebe sein, sich finanziell möglichst selbst zu tragen. Laut Haushaltsplan

2023 gab die Stadt über 31 Mio. € für den Bereich Kultur aus. Freiwillige Ausgaben in dieser Höhe sind bei der prekären Finanzlage Gelsenkirchens dringendst zu reduzieren.

Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur, der Brauchtumspflege und der lokalen Traditionen

Das regionale Brauchtum hat oft über Jahrhunderte unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Die Heimatkultur stellt einen unschätzbaren Wert für die Identifikation mit unserer Stadt und unserer Region dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern, damit wir sie an künftige Generationen weitergeben können. Deutschland muss als Kulturnation erhalten bleiben!

Steigenden Friedhofsgebühren entgentreten!

Durch den parkähnlichen Charakter des Hauptfriedhofes ist die Pflege der Anlage sehr teuer. Diese hohen Kosten werden auf die Friedhofsgebühren umgelegt und daher immer mehr verstorbene Gelsenkirchener Bürger in anderen Städten oder anonym bestattet. Wir fordern: Die freiwerdenden und nicht mehr für reguläre Gräber benötigten Flächen sollen durch Aufforstung in einen Ruheforst

umgewandelt werden, um eine kostengünstigere alternative Bestattungsart anbieten zu können.

Kampf gegen Schrottimmobilien mit aller Konsequenz führen

Schrottimmobilien sind nicht nur ein städtebauliches Ärgernis, sondern – wie die aktuellen Kontrollen zeigen – Brutstätten für Sozialbetrug und Rückzugsräume für ausreisepflichtige Personen. Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus: Kontrollen müssen deutlich verschärft und massiv ausgeweitet werden. Sämtliche Sanktionsinstrumente sind entschlossen anzuwenden – von Bußgeldern über Zwangsmaßnahmen bis hin zur Enteignung. Beim Erwerb solcher Immobilien durch die Stadt ist der Abriss verfallener Bauten konsequent umzusetzen. Die freiwerdenden Flächen sind einer klaren öffentlichen Nutzung zuzuführen – beispielsweise als Parkraum. Ein Verkauf an private Investoren kommt nur unter strengen Auflagen in Betracht.

Errichtung von Mehrgenerationenhäusern

Um die Gemeinschaft der unterschiedlichen Generationen zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu festigen, muss der Bau von Mehrgenerationenhäusern einen An Schub erhalten.

Bezahlbare Energie

Ressourcen schonen bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Die Einsparungen der Energiekosten (inkl. CO₂-Steuer) durch eine energetische Sanierung reichen oft nicht aus, um die hohen Kosten der Sanierung (z. B. der Wärmedämmung) vollständig zu kompensieren. Hierdurch werden die Kommunen und der Steuerzahler unnötig belastet. Wir fordern: Die Investitionskosten müssen sich bei realistischen Annahmen, ohne Berücksichtigung staatlicher Subventionen, innerhalb von 10 bis 20 Jahren amortisieren.

Kein weiterer Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Grundstücken und Gebäuden

Die AfD lehnt zusätzliche Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Flächen ab, da die hohen Installationskosten von den Steuerzahlern getragen werden müssen. Diese Anlagen produzieren unregelmäßigen Zufallsstrom zwischen null und vollständiger Leistung, dessen Finanzierung ebenfalls durch Steuergelder erfolgt. Es gibt keine

nennenswerten positiven Umweltauswirkungen, da jede Photovoltaikanlage als Backup auf die Unterstützung durch konventionelle Kraftwerke angewiesen ist. Aufgrund umfangreicher Subventionen sowie ideologisch motivierter CO₂-Besteuerung gehören die Strompreise in Deutschland mittlerweile zu den höchsten in Europa.

Keine weiteren Windkraftanlagen in unserer Region

Die AfD fordert einen sofortigen Stopp des Baus von Windkraftanlagen und deren Rückbau in unserer Region. Diese Anlagen zerstören das Bild unserer Kulturlandschaften, sind für Vögel eine tödliche Gefahr und führen zu Problemen wie Bodenverdichtung und Infraschall, die die Lebensqualität der Anwohner erheblich beeinträchtigen. Windkraftanlagen und der Bau von Stromautobahnen führen zu neuen Umweltbelastungen, für die es bisher keine Lösung gibt. Die Verbundwerkstoffe der Windkraftanlagen sind energieintensiv und teuer in der Herstellung sowie in der Entsorgung. Strom aus Windenergie ist ein mangelhaftes Produkt. Es ist ineffizient und weist keine Versorgungssicherheit auf. Ein Energiespeicherkonzept existiert nicht, so dass Windkraftanlagen durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden müssen. Der Ausbau der unsicheren Windenergie ist für die hohen Strompreise in Deutschland mitverantwortlich. Wir setzen uns für grundlastfähige Energiequellen ein, die nicht auf Kosten der Bevölkerung gehen.

Kommunale Wärmeplanung ist unnötig – Freiheit im Heizungsbau

Die AfD fordert den Erhalt, Ausbau und die Modernisierung des deutschen Erdgasnetzes. Die Zerstörung der bestehenden Erdgasinfrastruktur lehnen wir strikt ab. Eine Umrüstung auf Wasserstoff betrachten wir als unnötige Geldverschwendung.

Über die Art der Beheizung der Wohnungen sollen die Bürger selbst entscheiden. Jede Art von Zwang durch künstliche Verteuerung der Energie lehnen wir ab, gesetzliche Vorschriften sollen die Sicherheit gewährleisten und Emissionen sinnvoll begrenzen. Vorgaben des Staates zum „Klimaschutz“ oder Einschränkungen der CO₂-Emissionen lehnen wir ab.

Ein thermischer Ausbau der Wohnungen und Gebäude ist im Neubausektor sinnvoll, bei Altbauten häufig unwirtschaftlich. Einen Sanierungszwang lehnt die AfD ab.

Gesundheit und Sport

Gelsenkirchen hat seit dem 19. Jahrhundert eine intensive Sporttradition und nach wie vor ist Sport die größte Bürgerbewegung und so soll es auch in Zukunft bleiben. Dabei steht die friedliche Ausübung des Sports auf und im Umfeld der Sportstätten im Mittelpunkt. Sport steht für Begeisterung, Lebensfreude, gesellschaftliches Miteinander, Gesundheit u.v.a.m. Für die AfD Gelsenkirchen ist die Förderung sowie der Ausbau des Breiten-, Behinderten- und Gesundheitssports genauso wichtig wie die des Spitzensports.

Ehrenamt im Sport stärken

Im Gelsenkirchener Sport besteht seit längerer Zeit ein Mangel an ehrenamtlich tätigen Personen, wie z.B. Trainern, Übungsleitern, Betreuern, Schieds- und Kampfrichtern und Sporthelfern. Dadurch ist der flächendeckende und ortsnahe Sportbetrieb nicht mehr in ausreichendem Maße gewährleistet. Um das Ehrenamt im Gelsenkirchener Sport deutlich attraktiver zu machen, wird die AfD sich für Anreizsysteme, wirksame Gewaltprävention und Gewalteindämmung im Sportbereich einsetzen.

Prävention von Übergewicht

In Gelsenkirchen gibt es Stadtteile mit fast 20 Prozent übergewichtigen Grundschulern. Das ist der Nährboden für Krankheiten und eine erhöhte Anzahl an Fehltagen in Ausbildung und Beruf in späteren Jahren, was zu einer gesamtgesellschaftlichen finanziellen Belastung führt. Diese Entwicklung ist nicht hinnehmbar. Die AfD will diesem negativen Trend aktiv entgegenwirken, frühzeitig auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen und den Fokus auf mehr Bewegung und eine gesunde Lebensweise legen.

Das Projekt „Open Sunday“ (offene Turnhallen am Sonntag für kostenlose Trainingseinheiten für Kinder) soll bestehen bleiben und ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es an den Grundschulen ein Projekt ähnlich dem bewährten Düsseldorfer Projekt „SMS – Sei schlau. Mach mit. Sei fit“ geben wird. Dabei wird wissenschaftlich kontrolliert präventiv das Übergewicht bekämpft und die Fitness der Grundschüler erhöht. Dies könnte hier in Zusammenarbeit mit regionalen Universitäten geschehen, um die Basis für eine nachhaltige Gesundheitsförderung in unseren Schulen zu schaffen.

BMX-Bundesleistungszentrum in Gelsenkirchen errichten

Im Umkreis von 150 km um Gelsenkirchen gibt es keine BMX-Rennstrecke für überregionale Wettbewerbe. Der Radclub Buer/Westerholt ist bereits Landesstützpunkt NRW für den BMX-Sport.

Daran kann durch den Bau eines BMX-Bundesleistungszentrums angeknüpft werden. Dadurch entsteht ein attraktives Leuchtturmprojekt mit überregionaler Strahlkraft in Gelsenkirchen. Die AfD wird sich in der kommenden Ratsperiode für den Bau eines solchen Bundesleistungszentrums einsetzen.

Sportliche Grundfertigkeiten wie Fahrradfahren und Schwimmen unserer Schüler verbessern

Leider ist festzustellen, dass unsere Schulkinder in hohem Ausmaß eine defizitäre motorische Steuerung ihrer Körperbewegungen haben und oftmals auch mit Verlassen der Grundschule nicht in ausreichendem Maße schwimmen oder Fahrrad fahren können. Die AfD Gelsenkirchen steht für ein deutlich verbessertes Angebot im Schulsport unter Berücksichtigung des Fahrradfahrens und in besonderer Weise der Schwimmfähigkeit unserer Schüler. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die statistische Erfassung der Nichtschwimmerquote sowie deren Absenkung ein.

Gewalt im Sport eindämmen

In Gelsenkirchener Sportstätten hat die Gewalt besorgniserregende und nicht mehr hinnehmbare Ausmaße angenommen. Insbesondere Schlägereien zwischen Spielern, Zuschauern und Schiedsrichtern haben einen Umfang erreicht, der als unzumutbar bezeichnet werden muss. Darüber hinaus nutzen viele Gelsenkirchener aus Furcht vor Übergriffen sexueller oder gewalttätiger Natur die städtischen Bäder nicht mehr. Der Badebetrieb ist teilweise nur noch unter Einsatz von Security aufrecht zu erhalten. Die AfD Gelsenkirchen macht sich für ein nachhaltiges Konzept gegen gewalttätige Personen durch die Stadtverwaltung in Koordination mit der Polizei und privaten Sicherheitsunternehmen stark. Wir setzen auf ein konsequentes Handeln gegen Aggressoren im Sport: Verantwortlichen Vereinen muss die Nutzung der Spielstätten auf städtischen Sportanlagen temporär, im Wiederholungsfalle dauerhaft entzogen werden. Städtische Zuwendungen werden gekürzt oder komplett ausgesetzt.

Gewalttäter in Schwimmbädern werden nach Personalienfeststellung vom Badebetrieb ausgeschlossen. Das reicht von einem temporären Betretungsverbot bis hin zu einem dauerhaften Ausschluss von der Schwimmstätte.

Sanierung und Erweiterung von Sportstätten

Gelsenkirchener Sportstätten verfallen immer mehr und zeigen, dass sie in die Jahre gekommen sind. Der Zustand der Anlagen samt Tribünen, Böden, Umkleiden und vielem mehr verschlechtert sich rapide. Sowohl Sportplätze, Schwimmbäder als auch Sporthallen benötigen dringend Sanierung. Vandalismus und Vermüllung sind zusätzliche Multiplikatoren im Verfallsprozess. Durch diesen Zustand ist der aktive Sport und Spielbetrieb gefährdet. Leider fühlt sich bisher niemand dafür ausreichend verantwortlich. Daher wird die AfD Gelsenkirchen Sportstätten bezogene Platzwarte und Hausmeister stärken, soweit sinnvoll mit Video- und KI-Unterstützung. Sie sollen sich wieder mit ihrer Sportstätte identifizieren und somit mehr Verantwortung und Beachtung bekommen und dadurch bessere Pflege und Instandhaltung gewährleisten. Die dadurch geschaffene vermehrte Präsenz und zusätzlichen Schulungen der Angestellten, werden auch die Sicherheitslage gegen Vandalismus stärken. Natürlich wird auch der Etat für die Sanierung der Sportstätten erhöht. Zudem fordert die AfD, die traditionellen Trimm-Dich-Pfade an zwei Standorten in Gelsenkirchen zu reaktivieren.

Anstieg ansteckender Krankheiten wirksam bekämpfen

Seit 2013 sind in Gelsenkirchen die Fallzahlen von Skabies (Krätze), Hepatitis B sowie Kopfläusen dramatisch angestiegen. Der Anstieg erfolgte zeitgleich mit der Armutszuwanderung aus Südosteuropa seit 2014 sowie der illegalen Massenmigration seit 2015, die bis heute ungebremsst anhält. Die Altparteien schauen seit über einem Jahrzehnt tatenlos zu. Die Folgen sind hohe Kosten sowie eine steigende und berechtigte Angst der Bürger, dass sie sich bzw. ihre Kinder in Schulen und Kindergärten anstecken. Sinnvolle Quarantäne-Regelungen können hierbei Abhilfe schaffen!

Kommunale Gesundheitsversorgung sicherstellen

Der zunehmende Ärztemangel, vor allem in Bereichen der Allgemeinmedizin und Kinderheilkunde, wird auch in Gelsenkirchen immer mehr zum Problem. Mangelnder Nachwuchs, Überalterung, überbordende Bürokratie, unzureichende Vergütung und vor allem schlechte Arbeitsbedingungen sind Ursachen der prekären Lage (Drucksache 20-25/7276). Lange Wartezeiten auf Termine, Verständigungsprobleme aufgrund von sprachlichen Barrieren und Gewalt sind auch in Gelsenkirchen angekommen. Zudem kommen mögliche Probleme und Ungleichgewichte aufgrund der Krankenhausreform auf die Bürger zu.

Deshalb steht die AfD Gelsenkirchen für eine ausgeglichene Sicherstellung der Krankenhausversorgung, vor allem im Bereich der Geriatrie, für Nord und Süd. Diese sollte transparent für jeden Bürger zugänglich gemacht werden. Wir setzen uns zudem explizit für den Erhalt der Entbindungsstation im Marienhospital Buer ein. Darüber hinaus muss die Stadt Anreize schaffen, qualifizierte, junge Ärzte nach Gelsenkirchen zu holen. So könnten nach dem skandinavischen Modell, Einrichtungen von der Kommune geschaffen und zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollen ein geregeltes Einkommen und Arbeitszeiten gewährleistet werden. Im Gegenzug verpflichten sich die tätigen Ärzte, in Gelsenkirchen zu bleiben. Auch die zunehmenden Verständigungsprobleme können nicht zulasten der ansässigen Ärzte ignoriert werden. Vor allem die aufkommende Gewalt muss unterbunden und rigoros bestraft werden. Weder ein Arzt noch dessen Personal dürfen in Angst um ihre eigene Gesundheit arbeiten müssen.

Systematische Erfassung von Krebserkrankungen

Der Schutz der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat oberste Priorität. Angesichts der besorgniserregenden Berichte über erhöhte Krebserkrankungen im Siedlungsgebiet Eichkamp und den umliegenden Straßen fordern wir eine umfassende Erhebung der

gesundheitlichen Lage in diesem Wohngebiet. Ziel ist es, die Anzahl und Art der Krebserkrankungen in dem betroffenen Gebiet zu dokumentieren und potenzielle gesundheitliche Risiken frühzeitig zu erkennen. Eine sorgfältige Datenerhebung schafft die Basis für wissenschaftliche Folgeuntersuchungen, um ggf. gezielte Schutzmaßnahmen für unsere Bevölkerung zu ergreifen. Dies trägt nicht nur zur Klärung möglicher Gesundheitsgefahren bei, sondern stärkt auch das Vertrauen der Anwohner in eine transparente und präventive kommunale Gesundheitspolitik.

Aufarbeitung der Corona-Zeit auf kommunaler Ebene

Die Corona-Pandemie hat auf kommunaler Ebene zahlreiche Schwachstellen und Fehlentscheidungen im staatlichen Krisenmanagement aufgezeigt, die einer kritischen Aufarbeitung bedürfen. Die unverhältnismäßigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, mangelnde Transparenz bei Entscheidungsprozessen sowie Versäumnisse in der Unterstützung lokaler Unternehmen und Bildungseinrichtungen haben das Vertrauen vieler Gelsenkirchener Bürger in das staatliche Handeln erschüttert. Hingegen herrschte eine Goldgräberstimmung bei teils betrügerischen Testzentren-Betreibern, auch mit Verbindungen ins kriminelle Clan-Milieu, als Krisengewinnlern.

Ein zentraler Lernschritt ist die Etablierung eines kommunalen Notfallplans, der flexible und verhältnismäßige Maßnahmen für künftige Krisenlagen gewährleistet. Ziel muss es sein, die Gesundheitsbehörde und Verwaltung durch präzisere Handlungsvorgaben und technische Modernisierung zu stärken. Die Erfahrungen der Pandemie zeigen die Notwendigkeit einer transparenteren Kommunikation und zeitgerechten Evaluierung von Maßnahmen. Wir fordern, diese Thematik für eine ausreichende Dauer von zwei Jahren regelmäßig im Gesundheitsausschuss verpflichtend zu befassen oder einen eigenständigen Corona-Ausschuss zeitlich befristet einzurichten, der dem Rat der Stadt berichtet. Unsere kommunale Ebene soll für zukünftige Pandemien so gerüstet sein, dass Freiheit und Sicherheit der Bürger bestmöglich gewahrt bleiben.

Ambulanzen für Ausländer ohne dauerhafte Aufenthaltserlaubnis

Sorge macht uns die ärztliche Versorgung und der Pflegenotstand der ambulanten Dienste (Altenpflege), die sich auch in Gelsenkirchen massiv verschlechtern. Arzttermine, insbesondere auch bei Fachärzten, sind kurzfristig kaum zu bekommen, ein Wechsel der Hausarztpraxis ist riskant. Wir werden die Belastungen, welche die Zuwanderung auf das Gesundheitssystem ausübt, im Rahmen des gesetzlich Möglichen, reduzieren. Dazu werden wir den Spielraum, den das

Asylbewerberleistungsgesetz Städten gibt, in Abstimmung mit dem Land nutzen, um die eingeschränkte medizinische und zahnmedizinische Grundversorgung von Asylbewerbern und ausreisepflichtigen Personen zentral in der Erstaufnahmeeinrichtung Bochum zu bündeln. Dort ist ein ambulantes Zentrum als primäre Anlauf- und Behandlungsstelle für diesen Personenkreis aufzubauen. Auf diesem Weg werden wir die niedergelassenen Arztpraxen entlasten.

Ärztliche Terminvergabe entdigitalisieren

Die untere Gesundheitsbehörde soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten (so viele hat sie nicht) darauf hinwirken, dass die Terminvergabe insbesondere bei Fachärzten auch rein telefonisch und ggf. durch persönlich vorbeigebrachte Unterlagen möglich ist. Es muss ausgeschlossen werden, dass Termine bei Gelsenkirchener Fachärzten nur über Onlineportale, Apps auf Mobiltelefonen oder ähnliche Konstrukte zu erhalten sind, mit denen zu viele alte Menschen überfordert sind.



**ECHTE VERÄNDERUNG
FÜR GELSENKIRCHEN!**

AfD

Kreisverband
Gelsenkirchen

Herausgeber: Alternative für Deutschland – Kreisverband Gelsenkirchen
Enxhi Selvi-Zacharias, c/o AfD NRW, Kreisverband Gelsenkirchen, Gladbecker Straße 5, 40472 Düsseldorf

Von Rechts: Enxhi Selvi-Zacharias / Norbert Emmertich / Friedhelm Rikowski

**AM 14.09.
AfD WÄHLEN!**